Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Das Bild der *innenpolitischen Lage vor der bedeutsamen Abstimmung* über die verfassungsmäßige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes, von der uns nur noch eine kurze Zeit trennt, beginnt sich mehr und mehr in bemerkenswerter Weise abzuzeichnen. Nachdem die sozialdemokratische Partei an ihrer Tagung von Winterthur bereits vor längerer Zeit mit dem sehr beträchtlichen Mehr von 418: 17 Stimmen die Unterstützung der Vorlage beschlossen hatte, haben auch die bürgerlichen Parteien ihre Stellungnahme bekanntgegeben. Dazu läßt sich sagen, daß das Stimmenverhältnis bei den großen bürgerlichen Parteien recht knapp ist, und wenn zustimmende Entschlüsse zur Vorlage gefaßt wurden, so ist die Opposition doch stark und ihre Bedeutung unverkennbar. Die liberale Partei ist bisher allein zu einem einstimmigen Resultat gekommen, mit dem sie die Verwerfung der Vorlage empfiehlt. Dazu kommt, daß die großen bürgerlichen Wirtschaftsverbände sich eindeutig im selben Sinne ausgesprochen haben, eine Stellungnahme, die man nicht unbedingt erwarten konnte, nachdem verschiedene prominente Wirtschaftsführer sich im Parlament zu Gunsten der Vorlage ausgesprochen hatten. Alles in allem läßt sich sagen, daß sich das Klima im Verlaufe der Entwicklung in jüngster Zeit eher auf die negative Seite hin gewendet hat.

Wer die Voten und die Stimmung auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Winterthur beachtete, den kann diese Entwicklung auf der bürgerlichen Seite nicht weiter erstaunen. Die Befriedigung ist auf sozialdemokratischer Seite wohl zu stark zum Ausdruck gekommen. Nationalrat Grütter erklärte in Winterthur unverhohlen, jede andere Vorlage wäre für die Linkspartei ungünstiger als diese. Der massive Einsatz des Chefs des Finanzdepartementes für die Vorlage kommt zweifellos nicht allein daher, daß sie in der heutigen Fassung weitgehend sein Werk ist — ein Werk, das er fraglos mit großer Meisterschaft durch die Beratungen der eidgenössischen Räte führte —, vielmehr trägt der Bundesbeschluß ohne Zweifel stark linksgezeichnete Züge, und die Tatsache, daß das Gewerbe darin ungerecht behandelt wird, während die Genossenschaften ausgesprochen privilegiert erscheinen, mag Herrn Weber als ehemaligen führenden Genossenschafter allen Grund zur Befriedigung bieten.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß am kommenden Abstimmungstag eine grundsätzliche Auseinandersetzung vollzogen wird. Was die Vorlage in der Hauptsache kennzeichnet, das ist die Festlegung der direkten Bundessteuer auf zwölf Jahre. Es handelt sich also gar nicht etwa um eine Reform, sondern lediglich um die Verlängerung einer bisher als provisorisch betrachteten Bestimmung, die freilich schon acht Provisorien hinter sich gebracht hat. Im «Volksrecht» ist denn auch ganz klar geschrieben worden, es dürfte im Jahre 1966 schwerlich geschehen, daß die direkte Bundessteuer fallengelassen werde. Wir kommen also

auf diesem Wege zu einer eindeutigen Verankerung dieser Steuer in der Verfassung. Die grundsätzliche Bedeutung der Frage ist deshalb klar. Denn es handelt sich nicht nur um eine Frage des Finanzbedarfs, der übrigens weitgehend bestritten ist, sondern es handelt sich um die letzte Gelegenheit, den Kantonen auf dem Gebiete des Steuerwesens das Recht wiederzugeben, das ihnen jahrelang unter dem Titel aller möglichen Notstände genommen worden ist. Deshalb kann es vom föderalistischen Standpunkt aus in dieser Frage kein Abwägen geben.

Ganz wesentlich ist weiter, daß die Vorlage nur die Einnahmenseite des Bundeshaushaltes behandelt und diese in sehr weitgehendem Maße ausgestaltet. Es besteht keine Sicherung auf der Ausgabenseite. Die Sparbotschaft des Bundesrates, die an sich schon ungenügend ist und es nicht unternimmt, an den Kern der Dinge heranzugehen, ist nicht berücksichtigt. Von den beiden Sparinitiativen, über deren Zustandekommen mit einer sehr beträchtlichen Unterschriftenzahl schon im Stadium der Beratung der Vorlage kein Zweifel bestand, hat man keine Notiz genommen. Die Ausgabenbremse, wie sie aus den Beratungen der eidgenössischen Räte hervorging, ist absolut ungenügend. Nach einer Äußerung von Bundesrat Weber vor dem Parlament ist sie mehr von politischer und psychologischer Bedeutung als von materieller. «Sie hat einen Einfluß auf das Abstimmungsklima», so sagte der bundesrätliche Sprecher, und Nationalrat Spühler erklärte, die Ausgabenbremse sehe schön und für viele attraktiv aus, «etwa wie eine Attrappe im Schaufenster, die bei näherem Zusehen vollständig wertlos ist»; nach Herrn Bringolf endlich handelt es sich bei dieser Bestimmung um eine Deklamation. Nachdem also die Vorlage sich wesentlich auf die Einnahmenseite beschränkt, geht sie weiter in der bekannten Richtung einer gesteigerten Fiskalität, die bekämpft werden muß.

Die Vorlage zeichnet sich aber nicht nur dadurch unvorteilhaft aus, daß sie die Ausgabenseite vernachlässigt, sie vermeidet es auch, andere Einnahmen, die erfaßt werden könnten, dienstbar zu machen. So bleibt die Zolltarifrevision, welche nach gewissenhafter Schätzung Einnahmen von 80—100 Millionen Franken einzubringen vermöchte, unberücksichtigt. Bei der Vorlage ist eben immer wieder das Bestreben unverkennbar, zu einer verfassungsmäßigen Verankerung der Wehrsteuer zu kommen, und zwar auch dann, wenn man sie als dauernde Einnahmequelle gar nicht benötigt. Man hat deshalb davon abgesehen, die direkte Bundessteuer beispielsweise für Rüstungszwecke zu begrenzen. Es geht eben darum, das politische Ziel zu erreichen, das sich als eine wesentliche Etappe auf dem Wege erweisen soll, der vom Bundesstaat zum Einheitsstaat führt.

In besonderem Maße bedeutungsvoll ist die Benachteiligung des Gewerbes bzw. die Begünstigung der Genossenschaften. Der Bericht des Regierungsrates des Kantons St. Gallen, der am 13. April 1953 erstattet wurde und die ungleiche steuerliche Belastung des Gewerbes und der Genossenschaften in klarer Weise und durch eine eingehende Dokumentation hervorhebt, ist unberücksichtigt geblieben. Die Ausgleichssteuer, welche bisher diese offenbare Ungerechtigkeit einigermaßen korrigiert hat, ist gefallen. Aus Furcht vor der Opposition der Genossenschaften hat die Bundesversammlung sogar die Aufnahme des *Prinzips* der steuerlichen Gleichbehandlung in die Vorlage abgelehnt. Die Motion Piller, die im Sinne eines Ersatzes erheblich erklärt wurde, hat nach übereinstimmendem Urteil keinerlei Chance, zu dem dringend zu erreichenden Ziele zu führen. Dafür wird Herr Bundesrat Weber schon sorgen.

Damit sollen zu Handen der Abstimmung nochmals einige wesentliche Punkte

hervorgehoben werden. Wird die Vorlage verworfen, so tritt keineswegs etwa, wie vielfach vermutet wird, ein Vakuum ein. Vielmehr steht in diesem Falle noch ein volles Jahr zur Verfügung, um die entsprechenden Übergangsmaßnahmen zu treffen, da die jetzige provisorische Finanzordnung bis zum 31. Dezember 1954 in Kraft bleibt.

Ein Blick über die Grenzen zeigt uns, daß der Sozialismus sich überall in einer Krise befindet und mit seiner bisherigen Zielsetzung im Rahmen des modernen Staatsgefüges nicht weiterkommt. Die Lage in England, wie auch die Wahlen in der westdeutschen Bundesrepublik sind ein deutliches Zeichen für diese Strömung. Es würde dem Schweizervolk nicht wohl anstehen, wenn es diesen Zug der Zeit verleugnen und am kommenden Abstimmungstag einer wenn nicht eindeutig sozialistischen, so doch stark links gerichteten Zielsetzung erliegen sollte.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Westdeutschland

Mit seinem Wahlsieg vom 6. September und mit dem Sieg des Bürgerblocks bei den Hamburger Wahlen ist es dem Bundeskanzler gelungen, die letzten innerdeutschen Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die noch den Generalvertrag und den Vertrag über die EVG hätten stören können. Er besitzt in beiden Häusern des Parlaments die Zweidrittelmehrheit, die für Verfassungsänderungen nötig ist, und die sozialdemokratische Opposition hat sich geschlagen gegeben. Dieses seines Sieges ist Dr. Adenauer aber nicht recht froh geworden. Er kann nun zwar alles tun, was er dem Westen versprochen hatte und was der Westen von ihm erwartet. Er ist stark genug, um sogar in der Saarfrage eine unpopuläre Politik durchzusetzen. Er kann damit ein weiteres französisches Hindernis ausschalten, aber einen Druck auf Frankreich können nur Amerika und England ausüben. Wie nun auch die große Weltpolitik weiter verläuft — so oder so muß die Regierung Adenauer das Volk auf unpopuläre Entscheidungen vorbereiten.

Die große Politik läuft auf zwei Geleisen.

Auf dem einen steht der Zug, der zur westlichen Integration des halben Deutschland fährt, zur Europa-Armee, zur *europäischen politischen Gemeinschaft,* zum Einbau Westdeutschlands in die Atlantikfront. Dafür wird von uns Deutschen unter dem Stichwort der Europäisierung des Saarlandes noch der zusätzliche Preis eines Grenzverzichtes im Westen gefordert. Auf dem anderen Geleise steht der Zug, der zur Wiedervereinigung Deutschlands fahren soll, zur Zustimmung Rußlands und der Westmächte zu einer gesamtdeutschen Lösung. Das hat sich auf die Frage einer Sicherheitsgarantie zugespitzt. Da solche Garantien stets in irgend einer Form Gebietsgarantien sind, drehen sich die internationalen Verhandlungen um die Garantie der Oder-Neiße-Grenze. Im Gegensatz zum Saarland wird hier zwar von Deutschland nicht ein ausdrücklicher Gebietsverzicht gefordert, sondern nur der Verzicht auf gewaltsame Veränderung der Grenze. Diesen Verzicht auf gewaltsame

Revision haben Regierung und Opposition schon wiederholt ausgesprochen und sich nur die friedliche Revision in Verhandlungen mit einem freien Polen vorbehalten. Wenn es zu einer Viermächtelösung über Gesamtdeutschland kommt, wird Deutschland seine Unterschrift unter die Viermächtegarantie der Oder-Neiße-Grenze setzen müssen, und es wird nicht einfach sein, dafür die Unterschrift der vier Mächte unter einer friedlichen Revisionsklausel einzuhandeln. Wenn eine solche Grenze erst einmal international garantiert ist, so wirkt dies in der Richtung auf Stabilisierung. So dürfte für viele Deutsche die Revisionsklausel auf dem Papier stehen. In beiden Fällen — sowohl bei der westlichen Integration wie bei der Wiedervereinigung — muß also mit unpopulären Entscheidungen gerechnet werden, und gerade aus diesem Grunde können wir froh darüber sein, daß dann nicht eine Regierung der Weimarer Koalition am Ruder ist, die mit einer deutschnationalen Opposition à la Hugenberg rechnen müßte. Dieser Aspekt des Wahlsieges vom 6. September scheint mir außerhalb Deutschlands bisher noch nicht genug gewürdigt zu sein. Regierung und Volk befinden sich in einer ungewöhnlich schwierigen Lage. Für die westliche Integration sollen wir mit dem Saarverzicht einen zusätzlichen Preis zahlen. Um diesen Preis erkaufen wir uns die Europa-Armee und die westdeutsche Zulassung zu ihr. Indem nun aber für Europa ein nationales Opfer gebracht wird, indem wir also für die Europa-Armee einen zusätzlichen Preis zahlen, kaufen wir uns damit zugleich ein Hindernis auf dem Wege zur Wiedervereinigung. Die Moskauer Note vom 3. November hat nur bestätigt, was ernstlich in keiner westlichen Hauptstadt bezweifelt worden war, daß die Europa-Armee und die deutsche Wiedervereinigung sich gegenseitig ausschließen. Der amerikanische Kommentator Walter Lippmann spricht dies in einem Bonner Bericht ganz offen aus und setzt ebenso offen hinzu, daß diese sowjetische Haltung bei den Regierungen in Paris, London und Bonn keine Überraschung und auch keine große Enttäuschung ausgelöst habe. Der Bericht trägt die Überschrift «Deutsche Einheit auf Eis gelegt». Ich möchte aber an dieser Stelle eine

andersartige Deutung der letzten russischen Note

geben und glaube mich hierbei auf Sir Winston Churchill beziehen zu können. Die russische November-Note scheint mir etwas voreilig als das Ende der gegenwärtigen Bemühungen um die Viermächte-Einigung über Gesamtdeutschland bezeichnet worden zu sein. Wenn sie in diesem Sinne weitgehend fast triumphierend begrüßt worden ist, so war hierbei deutlich genug der Wunsch der Vater des Gedankens. Im Gegensatz zu solchen Deutungen hat Churchill gerade in der Moskauer November-Note noch einmal eine Möglichkeit entdeckt, nicht die Bemühungen um eine Entspannung, sondern die gegenseitigen Ausweichmanöver zu beendigen. Er hat die Einladung zur Bermudakonferenz unmittelbar nach dem Studium des russischen Textes herausgehen lassen. Was ist denn das Neue an dieser russischen Note? Neu ist nicht, daß Europa-Armee und Wiedervereinigung sich gegenseitig ausschließen. Das war bekannt. Neu ist die russische Bitte um «Aufklärung» darüber, ob die Westmächte beides *gleichzeitig* tun wollen. Ob sie auf der einen Seite mit Moskau nach dem Wortlaut der letzten beiden Westnoten vom September und Oktober über «*alle* Aspekte des deutschen Problems» (nicht nur über die freien Wahlen, sondern auch über den zukünftigen völkerrechtlichen und militärischen Status Gesamtdeutschlands) verhandeln und gleichzeitig das Inkrafttreten der Europa-Armee mit westdeutschen Soldaten weiterbetreiben wollen. Hier setzt der eine Teil des Churchillschen Bermuda-Programms ein. Natürlich kann der Westen die Bemühungen um die Europa-Armee nicht abstoppen, bevor er weiß, was er damit einhandelt. Ebensowenig verzichtet ja auch Rußland vorher auf ein Element seiner Sicherheit. So könnte der Westen seinerseits um Aufklärung bitten, ob auch Rußland weiterhin beides betreiben wolle, nämlich über ein freies

Gesamtdeutschland verhandeln und *gleichzeitig,* wie es das ja tut, die östliche Integration der Sowjetzone verstärken. Keiner kann von dem anderen verlangen, daß er das nötige Tauschobjekt vorher aus der Hand gibt. Aber eine gegenseitige Aufklärung darüber, welche Tauschobjekte für den einen und den anderen tatsächlich in Frage kommen, ist unerläßlich geworden, und in diesem Sinne hat die Prüfung der russischen Note in London noch einmal gewisse Möglichkeiten entdeckt. Das mögliche Tauschgeschäft kann in vereinfachter Formel auf die Frage zugespitzt werden, ob die Verhandlungen der vier Mächte auf der Grundlage eines

Tausches von EVG gegen SED

geführt werden können. Wenn die Bermuda-Konferenz diese Aufklärung nicht bringt, dann allerdings wäre es zu Ende mit den Bemühungen, eine Entspannung zwischen den beiden Weltgruppen auf dem Wege der Wiedervereinigung Deutschlands zu suchen. Es ist nicht nur Rußland, das von den Westmächten eine Aufklärung hierüber verlangt hat; es sind nicht nur die Westmächte, welche die umgekehrte Aufklärung von Rußland verlangen müssen; es ist das deutsche Volk diesseits und jenseits des Vorhangs, dem beide Seiten diese Aufklärung schuldig sind. Für Churchill war schon die erste Bermuda-Konferenz, die im Juli durch seine Erkrankung ausfiel, nur als Zwischenstation für ein Viermächte-Treffen gedacht. Seine Konzeption hat sich nicht geändert, was nicht ausschließt, daß er sich nicht auch auf die Alternative vorbereitet. Die englische Politik ist des Wartens überdrüssig und will endlich wissen, welche Schritte auf beiden möglichen Wegen zu tun sind. Die Bermuda-Konferenz soll daher die doppelte Klärung bringen. Die drei Westmächte müssen sich endlich darüber klar werden, welche Tauschobjekte sie Moskau anzubieten bereit sind. Die drei Westmächte müssen sich ferner endlich darüber klar werden, wie die westdeutsche Beteiligung an der atlantischen Front vollzogen werden soll, wenn Frankreich die Europa-Armee weiter verzögert. Die beiden Beschlüsse müssen schon deswegen gleichzeitig gefaßt werden, weil sonst jedes mögliche Tauschobjekt für Verhandlungen mit Rußland verloren geht, weil Moskau sonst sein Ziel ohne die Zahlung des Preises mit der Räumung der Sowjetzone erreichen würde. Die aufklärende Antwort, die in der russischen Note erbeten wurde, kann nun tatsächlich unmittelbar

aus dem Text des Generalvertrages

zwischen Bonn und den drei Westmächten abgeleitet werden. Unmittelbar vor seiner Unterzeichnung im Mai 1952 wurde die sogenannte Bindungsklausel revidiert. Die neue Fassung sieht die Anpassung an die geänderten Verhältnisse bei einer Wiedervereinigung Deutschlands vor, nämlich den Ersatz des Generalvertrages durch eine gesamtdeutsche Lösung aller vier Mächte. Wörtlich betonte damals der britische Außenminister Eden, im Generalvertrage sei nichts unterzeichnet, was eine andersartige Lösung der Deutschlandfrage durch ein Abkommen mit Rußland präjudiziere. Nach Bermuda werden wir besser Bescheid wissen, aber auch in Bermuda wird das letzte Wort nicht gesprochen und die Tür nicht endgültig zugeschlagen werden. Bedenklich allerdings sind die Anzeichen dafür, daß auch Moskau gegenwärtig den Status quo in Europa vorzieht, weil es ein europäisches Tauschgeschäft nicht isoliert betrachtet, sondern nur in Verbindung mit der chinesischen Frage. Die Abhängigkeit, in die das deutsche Schicksal durch den Weltkrieg Adolf Hitlers geraten ist, zeichnet sich mit deprimierender Deutlichkeit ab, und auf die Hochstimmung nach den Septemberwahlen ist die Ernüchterung gefolgt, daß eine deutsche Außenpolitik zwar die vernünftige Zustimmung der Wähler finden, aber nicht populär sein kann. Bestenfalls kann man — um noch einmal Walter Lippmann zu zitieren — von einem unter der Be-

völkerung wie in Regierungskreisen «ganz allgemein verbreiteten Gefühl» sprechen, daß die gegenwärtige Lage immer noch «besser sei als jeder Versuch, sie zu ändern.» Für die darin liegende Resignation haben ausländische Besucher, die sich an der Tatsache genügen lassen, wenig Verständnis. Natürlich fühlen sich die Menschen ganz wohl unter den westdeutschen Errungenschaften der letzten Jahre, die sie keinem Risiko und keiner Unsicherheit aussetzen möchten. Aber damit verbunden ist das dumpfe Gefühl, daß uns eben doch mit der fortgesetzten Spaltung Deutschlands die Rechnung für den verlorenen Krieg präsentiert wird.

Karl Silex

Bericht aus Italien

Die gegenwärtige innen- und außenpolitische Lage Italiens ist durch

das Triestiner Problem

mit all seinen unerfreulichen Auswirkungen gekennzeichnet. Soll die schöne Adriastadt wie bis jetzt Trieste oder Trst heißen? Die seit Jahren schwärende Wunde hat in letzter Zeit eine akute Verschlimmerung erfahren, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Welches sind die Gründe dieser Krisenverschärfung?

Uns scheint, daß in erster Linie der Ausgang der italienischen Parlamentswahlen dafür verantwortlich zu machen ist, in mehrfacher Hinsicht. Die damals zu Tage getretene Schwächung der demokratischen Mitte zu Gunsten der oppositionellen Rechts- und Links-Parteien, die ja nicht nur das demokratische Regierungsprogramm bekämpfen, sondern die gegenwärtige Staatsverfassung überhaupt aus den Angeln heben möchten, hat einerseits die Manövrierfähigkeit Pellas eingeengt und anderseits Titos Konzessionsbereitschaft wesentlich herabgesetzt; in gleicher Richtung wirkte die zunehmende Bedeutung Jugoslawiens als Vorwerk des westlichen Verteidigungssystems, worüber sich die Belgrader Regierungskreise sehr klar sind. Die jüngste Entwicklung im kalten Krieg spielt Tito neue Trümpfe in die Hände. Es steht für uns aber eindeutig fest, daß der Stein an der Adria von jugoslawischer Seite zum Rollen gebracht wurde durch die vor zwei Monaten in Belgrad ventilierte Absicht, die Zone B des freien Territoriums auch formell zu annektieren, nachdem sie de facto schon seit langem Jugoslawien angeschlossen ist. Wir möchten damit in keiner Weise die Schuld an der gegenwärtigen verfahrenen Lage allein auf Jugoslawien abwälzen, denn die Römer Reaktion auf diese Annexionsdrohung, d. h. die italienische Truppenkonzentration der Grenze entlang, war u. E. keine glückliche Maßnahme, wie aus den Folgen daraus klar hervorging. Sie wollte ja wohl in Belgrad und in den westlichen Außenministerien mit allem Nachdruck kundtun, daß Italien ein Fait accompli dieser Art nie akzeptieren würde. Durch diesen Schritt rief aber die italienische Regierung Geistern in Jugoslawien, Italien und vor allem in Triest selbst, die sie heute nicht mehr loswerden kann. Dies ist um so bedauerlicher, als für uns feststeht — im Gegensatz zur oft vertretenen Meinung in ausländischen Zeitungen, Ministerpräsident Pella habe die Triestiner Frage akut werden lassen, um seine Regierung zu stützen —, daß man im Palazzo Chigi die wait-and-see-Politik De Gasperis gerne noch fortgesetzt hätte oder auf alle Fälle eine Dramatisierung des Adria-Problems nicht wünschte. Wohl ist es ja nun zu einer einmütigen Schilderhebung gegen Tito

und indirekt auch gegen Amerika und vor allem England gekommen, aber die große patriotische Abwehrgeste ist ja nur äußerlich so einheitlich. Im monarchistischen und neofaschistischen Lager hofft man durch sie, Pella nach rechts abzudrängen, und bei den Kommunisten und ihrem Anhang ist sie erst recht eine infame Heuchelei, will man damit doch nur einen Keil zwischen Italien und seine Atlantikpartner treiben.

Ob der am 8. Oktober bekannt gegebene Entschluß der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, Italien ehestens die Zone A zurückzugeben, am Ende doch noch als heilsame Roßkur betrachtet werden darf, wird die Zukunft zeigen. Er wird in Italien als eine Initiative der neuen Botschafterin Claire Booth Luce betrachtet, wohl um ihr eigenes Ansehen und das ihres Landes zu heben. Trotz der blutigen Zwischenfälle anfangs November halten wir ein politisches Arrangement für durchaus möglich, unter der Voraussetzung, daß Belgrad in die Rückgabe der Zone A an Italien einwilligt und Italien auf die Zone B formell Verzicht leistet, wobei der Abtausch slowenischer Dörfer in der Zone A gegen mehrheitlich italienische Städte, wie z. B. Capodistria u. a. m. in der Zone B, dem Gebote politischer Vernunft entsprechen würde. Die Fortführung des Status quo, selbst in abgeänderter Form, würde früher oder später nur zu neuen Komplikationen führen. Genügen die Erfahrungen mit Danzig, der Saar und nun mit Triest nicht, um solche Verlegenheitslösungen ein für allemal zu liquidieren? Sofern der kommende Wahlausgang für Tito günstig sein wird, wird es der Belgrader Regierung leichter fallen, einem Abkommen im obigen Sinne zuzustimmen als den Regierungskreisen in Rom. Man ist zwar bestimmt heute auch dort der Meinung, daß auf die Zone B Verzicht geleistet werden muß, aber — wie sage ich es meinem Kinde? Nachdem nun auf den Plätzen von Triest Märtyrerblut geflossen ist, dürfte ein Kompromiß kaum so rasch zustande kommen, und ob die Regierung Pella ein Abkommen, das große Abstriche an den italienischen Forderungen nötig macht, überstehen wird, steht auf einem andern Blatte. Ebenso die Frage, welches die außen- und innenpolitischen Auswirkungen davon sein werden. Es ist im gesamteuropäischen Interesse nur zu hoffen, daß die große diplomatische Tätigkeit zur endgültigen Regelung dieser leidigen Frage, die gegenwärtig im Gange ist, endlich zu einer vernünftigen Lösung führen wird.

Es hat heute den Anschein, als sollten die blutigen Novembertage eine Episode bleiben. Fehler wurden u. E. auf beiden Seiten gemacht. Es war bestimmt ein psychologischer Fauxpas General Wintertons, des Kommandanten der alliierten Besetzungstruppen, die am 4. November, einem nationalen italienischen Feiertag, auf dem Triestiner Stadthaus gehißte Trikolore einziehen und eine andere italienische Fahne aus einem harmlosen Umzug entfernen zu lassen, nachdem man am 8. Oktober, dem Tage der Rückgabe-Erklärung, die Aushängung der rot-weiß-grünen Fahnen toleriert hatte. Da man in Italien und vor allem in Triest in weiten Bevölkerungskreisen ohnehin der Ansicht ist, die Alliierten wollten auf ihren Entschluß zurückkommen, mußten diese Maßnahmen doch automatisch solche Zweifel bestätigen. Nachdem wir unterdessen im Rahmen der italienischen Incom-Filmwochenschau die dramatischen Ereignisse sozusagen de visu miterlebt haben, können wir uns der italienischen These, die Triestiner Polizeikräfte hätten von der Waffe ganz unnötigerweise Gebrauch gemacht, kaum mehr anschließen. Wenn man von einer rasenden Menge mit Pflastersteinen beworfen wird u. a. m., wehrt man sich eben wie man kann, nachdem die «harmlosen» Hydrantenschauer und Tränengasbomben nicht zum Ziele führten. Die Vorkommnisse haben zu einer

Akutisierung der latenten Anglophobie

geführt, die an die Junitage von 1940 erinnert. Neben Tito wurde Außenminister Eden auf den Häuseraufschriften mit nicht sehr schmeichelhaften Tiernamen gewürdigt, ganz wie vor dreizehn langen Jahren. Es wäre dringend zu wünschen,

daß sich die erhitzten Gemüter abkühlten, denn in der gegenwärtigen Atmosphäre ist an eine baldige Ratifikation der EVG-Verträge durch das italienische Parlament nicht zu denken. Dieser Umstand aber kann seine Rückwirkungen auf Frankreich haben, dessen Ratifikationsbereitschaft ja ohnehin nicht groß ist.

Es ist Ministerpräsident Pella, der sich in den letzten Monaten als weit stärkere politische Kraft entpuppte, als bei seiner Wahl angenommen wurde, hoch anzurechnen, daß er sich bei der Oktober-OECE-Konferenz in Paris nicht in den Schmollwinkel setzte, sondern trotz der großen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten seines Landes für die Fortführung der liberalen Außenhandelspolitik Italiens einsetzte, um wenigstens auf diesem Gebiete die europäische Integration voranzutreiben. Nicht zuletzt seinen Bemühungen ist es zu verdanken, daß sowohl Großbritannien als Frankreich ihre Liberalisierungsquoten erhöht haben. Obwohl die westdeutschen Wahlresultate bereits zwei Monate zurückliegen, möchten wir doch auf den großen Eindruck hinweisen, den sie in Italien hinterlassen haben, hat sich doch dort verwirklicht, was den einsichtigen italienischen Politikern seit Jahren als Wunschtraum vorschwebt: die Eliminierung der Rechts- und Linksextremisten zu Gunsten einer starken Mitte. Der Wahlausgang hat dem deutschen Prestige in Italien einen neuen, kräftigen Impuls verschafft, der sich von der wachsenden Antipathie gegenüber den Engländern und Amerikanern markant abhebt.

Wir glauben zwar vorläufig nicht an eine außenpolitische Richtungsänderung Italiens, aber es wäre ein schwerer Fehler, Imponderabilien nicht die ihnen zukommende Bedeutung schenken zu wollen. Das koloniale Unverständnis der gesättigten Großmächte Ende des letzten Jahrhunderts, die sture Tunesienpolitik Frankreichs, dessen jahrzehntelanger Zollkrieg mit Italien führten bekanntlich zum Dreibund, und der nicht minder ominöse Stahlpakt zwischen Hitler und Mussolini war weitgehend ein Resultat des diplomatischen Versagens der führenden Völkerbundsmächte vor, während und nach dem Abessinienkrieg. Caveant consules in Washington, London und Paris!

Im innenpolitischen Sektor

ist wenig Interessantes zu melden. Alle einsichtigen Kreise sind der Auffassung, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine Regierungskrise unbedingt zu vermeiden ist. Die als Übergangskabinett gedachte Regierung Pella macht das französische Sprichwort einmal mehr wahr: il n'y a que le provisoire qui dure. Die Strategen der extremen Linken suchen im Zuge der traditionellen Herbst-Aktionen das Wirtschaftsgefüge des Landes zu stören, wozu ihnen die z. T. immer noch unbefriedigenden Lohnansätze und die schwere Krise der metallurgischen Branche genügend Grund bieten. Die Gewerkschaften aller Richtungen, einschließlich der zum erstenmal ins Rampenlicht tretenden neofaschistischen, kämpfen gegenwärtig um die Zusammenfassung in eine einzige Kategorie der Grundlöhne und verschiedenen Zuschläge, was für die Arbeitgeber eine ganz erhebliche Mehrbelastung bedeuten würde. Angesichts der ganz enorm hohen Soziallasten — mit beinahe 70% der ausbezahlten Lohnsummen die höchsten von ganz Europa! — lehnten die Unternehmer bis jetzt eine generelle Lohnerhöhung ab. Streikaktionen verschiedener Art haben keine Frontverschiebungen gebracht, doch werden sich die Arbeitgeber zu gewissen Konzessionen bequemen müssen.

Dies führt uns zur Betrachtung der italienischen

Wirtschaftslage,

deren Produktionsrhythmus sich von der Außenhandelsentwicklung vorteilhaft abhebt. Im ersten Halbjahr des laufenden Jahres erreichte der Produktionsindex (Basis 1938 = 100) den beachtlichen Stand von 151 gegenüber einem Jahresdurchschnitt von bloß 142 im Vorjahr. Das gegenwärtige Produktionsniveau liegt

sogar über demjenigen des Korea-Booms. Der Index der *verarbeitenden* Industrie steht allerdings bloß bei 144, doch ist auch er allein wesentlich höher als vor einem Jahre. Eine Belebung zeichnete sich vor allem in folgenden Sektoren ab: Textilindustrie, mechanische Industrie (mit einzelnen Ausnahmen), Papierindustrie, chemische Industrie, Spinnstoffindustrie, Kautschukindustrie etc. Rückläufig war die Produktionsentwicklung in der Baumwollindustrie, doch soll der Tiefpunkt überwunden sein. Sprunghaft angestiegen ist die Benzinerzeugung. In seinen ausgedehnten Raffinerien verarbeitet Italien sehr viel Rohöl für das Ausland und hat damit eine neue, wichtige Devisenquelle erschlossen.

In den ersten 8 Monaten des laufenden Jahres exportierte Italien für 585 Mrd. Lire Waren (gegenüber 570 Mrd. Lire in der gleichen Vorjahresepoche) und importierte für 990 Mrd. Lire (gegenüber 978 Mrd. Lire). Das Defizit ist mit 404 (Vorjahr 408) Mrd. Lire immer noch sehr hoch. Trotz der fast gleichgebliebenen Totalsumme haben sich große Verschiebungen unter den Bezug- und Absatzländern abgezeichnet. Aus den OECE-Ländern wurden 49% (gegenüber 39% im Vorjahr) aller Importwaren bezogen, was die immer stärker werdende Verschuldung Italiens in der EZU erklärt — gegenwärtig ca. 40 Mio $. Umgekehrt wurde dieses Jahr aus der Dollarzone viel weniger eingeführt, dafür mehr dorthin exportiert.

Die Depositenmasse bei den Banken betrug Ende August ca. 3300 Mrd. Lire und hat damit den Vorkriegsstand wieder erreicht. Der Banknotenumlauf bildete sich im ersten Halbjahr auf ca. 1250 Mrd. Lire zurück. Vom geschätzten Brutto-Einkommen Italiens im Vorjahre (ca. 10 000 Mrd. Lire) wurden 21% investiert. Total wurden 1952 770 000 Wohnräume erstellt, eine sehr beachtliche Leistung. Trotz verbesserter Steuereingänge sieht das Budget des laufenden Finanzjahres ein Defizit von 417 Mrd. Lire vor, 80 Mrd. Lire weniger als im Vorjahr. Die Überschwemmungskatastrophe in Kalabrien wird aber zusätzliche Ausgaben bedingen. Weiterhin gut behauptet sich die italienische Währung im freien Devisenhandel, weitgehend ein Verdienst des sehr intensiven Touristenverkehrs, dessen sich Italien auch dieses Jahr erfreuen konnte. Infolge der sehr guten Ernten leidet die italienische Landwirtschaft in diversen Sektoren an einer Überschußkrise. Wie in andern Ländern verspürt aber auch der italienische Konsument wenig von den starken Fleisch-, Getränke- etc. Preisermäßigungen, zu denen sich die Produzenten wegen Überangebotes entschließen mußten.

Alles in allem genommen, darf Italien mit dem zu Ende gehenden Jahre nicht unzufrieden sein, obwohl noch viele seiner großen Probleme einer Lösung harren.

Peregrinus

Militärische Umschau

Großbritanniens strategische Beziehungen zu Europa

Die Zeitschrift *«International Affairs»* veröffentlicht in ihrer Oktobernummer eine interessante Abhandlung des bekannten und angesehenen Publizisten *Chester Wilmot* über *Großbritanniens strategische Beziehungen zu Europa,* die wir auszugsweise wiedergeben [1]).

---

[1]) Chester Wilmot: Britain's strategic Relationship to Europe, «International Affairs», Nr. 4, October 1953, Royal Institute of International Affairs, Chatam House, St. James Square, London S.W. 1.

In den letzten zehn Jahren hat sich die strategische Lage Großbritanniens völlig gewandelt. Die Grundlagen seiner während vier Jahrhunderten gegenüber dem europäischen Kontinent betriebenen Politik sind überholt. Vor 1914 war Großbritannien immer bestrebt, das Gleichgewicht der Großmächte in Europa zu erhalten und die Meere zu beherrschen. Es beschränkte daher seine Verpflichtungen auf dem Kontinent nach Möglichkeit und suchte zu verhindern, daß eine einzelne Großmacht oder eine Gruppe von Mächten eine Vormachtstellung erlange. In Kriegszeiten lief es nicht Gefahr, mit den großen Landheeren der bevölkerungsreicheren europäischen Staaten kämpfen zu müssen. Es konnte dabei die Beweglichkeit seiner Seemacht ausnützen und seine Kraft an den verwundbaren und lebenswichtigen Punkten an der Peripherie des Kontinents einsetzen.

Im ersten Weltkrieg ließ sich Großbritannien allerdings in einen ausgedehnten Abnützungskrieg an der Westfront hineinziehen — eine strategische Verirrung, die das Land teuer zu stehen kam —, aber seine traditionelle Politik war bis 1939 gültig, mit der Einschränkung, daß nach 1918 die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft zur See sowohl von der Luftmacht als auch von der Seemacht abhing. Im zweiten Weltkrieg waren die britischen Inseln solange gesichert, als Marine und Luftwaffe die von den Geleitzügen befahrenen Strecken offenhalten und eine Invasion erfolgreich zurückschlagen konnten. Die Entwicklung der Düsenflugzeuge und der Atomwaffen schuf eine neue Lage. Heute könnte ein Gegner Großbritannien durch einen Atomwaffenangriff lahmlegen, ohne die Inseln zu betreten. Diese Gefahr ist um so ernster, als man sich im letzten Krieg wenig um das künftige Gleichgewicht der Mächte kümmerte, bis dieses bereits durch das Aufkommen der Sowjetunion zerstört worden war. Diese Entwicklung wurde dadurch gefördert, daß Großbritannien sich der Forderung Roosevelts anschloß, den Krieg gegen Deutschland bis zur bedingungslosen Kapitulation fortzusetzen. Heute kann die russische Vormachtstellung nicht mehr durch Bildung irgendeiner rein kontinentalen Mächteallianz ausgeglichen werden. Infolgedessen war Großbritannien gezwungen, auf dem europäischen Festland Verpflichtungen einzugehen, die eine schwerere Last als je zuvor in Friedenszeiten mit sich brachten. Es muß an das Gleichgewicht der *Weltmächte* denken, weil der kommunistischen Herausforderung in Asien und Europa entgegengetreten werden muß, die nur durch eine Allianz Westeuropas, der USA und des britischen Commonwealth wirksam bekämpft werden kann.

Die veränderte Lage hat Großbritanniens Beziehungen zu Europa in dreifacher Weise beeinflußt. Es kann nicht mehr als Schiedsrichter auftreten, weil es durch seine Beteiligung am Nordatlantikpakt selbst ein Element im Gleichgewicht geworden ist. Es hat keinen Grund mehr, sich der Bildung einer europäischen Union zu widersetzen, weil ein starkes Westeuropa nötig ist, als Bollwerk gegen das kommunistische Rußland auf dem Festland und als Gegengewicht zu den USA innerhalb der NATO. Schließlich muß es weiterhin auch in Friedenszeiten bedeutende militärische Kräfte auf dem Kontinent belassen, ohne sich der europäischen Union anzuschließen.

Trotz der Abnahme der Spannung seit Stalins Tod haben diese strategischen Überlegungen ihre Gültigkeit behalten. In der ersten Phase des kalten Krieges, bis zu Stalins Tod, bildete der Aufbau möglichst starker Streitkräfte in möglichst kurzer Zeit das Hauptanliegen der NATO-Mächte. Man betrachtete die Schaffung der EVG als grundlegenden Teil dieser Bemühungen und kam überein, die westdeutsche Republik sollte zwölf Divisionen zur Europa-Armee beisteuern. Man nahm damals an, das wieder aufgerüstete Westdeutschland bleibe für längere Zeit von Ostdeutschland getrennt und die atlantischen Mächte würden weiterhin beträchtliche Kräfte östlich des Rheins unterhalten.

Offiziell gelten diese Ziele noch heute, aber die Entspannung im kalten Krieg hat auch zu einem Nachlassen der Anstrengungen beim Aufbau der Ver-

teidigungskräfte der NATO geführt, denn es war schon zu Stalins Lebzeiten klar, daß der Westen sein Verteidigungsprogramm auf ein lange dauerndes Seilziehen abstimmen mußte, nicht auf einen kurzen heftigen Kampf. Außerdem ist es möglich, daß sich die Führer der vier großen Mächte, gemäß Churchills Vorschlag, gelegentlich treffen und irgendeine vorläufige Regelung zwischen Rußland und dem Westen zusammenflicken. Es überrascht daher nicht, daß die Anstrengungen zur Schaffung einer europäischen Armee nachgelassen haben. Wilmot hält eine Verwirklichung der EVG auf der vor zwei Jahren in Aussicht genommenen Grundlage für wenig wahrscheinlich.

Die Franzosen neigten immer dazu, die EVG als «erzwungene Ehe» zu betrachten, und sie haben sich so lange hinhaltend benommen, daß heute wenig Hoffnung besteht, eine Europa-Armee aufzustellen mit den Sicherungen, die Frankreich gegen ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus verlangt. Deutschlands Stellung als Verhandlungspartner ist so stark geworden, daß es heute die französischen Bedingungen nicht mehr anzunehmen braucht. Obwohl Adenauer die Aufnahme der Bundesrepublik als Glied der EVG in das westliche System aufrichtig wünscht, ist es fraglich, ob ihm dies gelingen wird, wenn die Integration die Wiedervereinigung Deutschlands auf unbestimmte Zeit verschieben würde. Die öffentliche Meinung in Westdeutschland betrachtet die Wiedervereinigung als das wichtigere Ziel. Der wiederholte russische Vorschlag: Rückzug aller Besatzungskräfte und Wiedervereinigung eines neutralen Deutschlands, wäre vielleicht für den Westen nicht unannehmbar, vorausgesetzt, daß diese Lösung Teil einer allgemeinen Regelung mit der Sowjetunion bilden würde und man klar wüßte, gegen wen die Deutschen «neutral» wären.

Wilmot bezeichnet es als nicht unwahrscheinlich, daß im Laufe der nächsten zwei oder drei Jahre ein vereinigtes und neutrales Deutschland entstehen wird und betont die Notwendigkeit, die strategischen Folgen einer Regelung des deutschen Problems zu prüfen. Er stellt folgende Fragen: Wie groß ist die Bedrohung Großbritanniens durch die Sowjetmacht in Europa? Welches sind die lebenswichtigen Gebiete, die verteidigt werden müssen? Unter welchen Bedingungen kann es sich England in militärischer Hinsicht leisten, mit der Sowjetunion zu einer Verständigung zu gelangen, um der Spannung des kalten Krieges ein Ende zu setzen? Wie werden sich Großbritanniens militärische Verantwortlichkeiten in Zukunft gestalten?

Es ist seit längerer Zeit klar, daß das Hauptziel der Sowjetpolitik in Europa die Schaffung und Erhaltung der größtmöglichen Spannung ohne Krieg ist. Die Russen hoffen, im Westen dadurch eine Wirtschaftskrise auszulösen, welche die Einheit der atlantischen Allianz unterhöhlen und ihnen so Gelegenheit bieten würde, besonders Frankreich und Italien kommunistisch zu verseuchen. Die aus dieser Politik entstehende Gefahr besteht nicht in einer offenen und gewollten russischen Aggression, sondern eher darin, daß im Verlauf der gespannten Lage im kalten Krieg die Russen ein diplomatisches Wagnis versuchen könnten, das zu einem zufälligen, ungewollten Kriegsausbruch führen würde. Aber auch diese Gefahr ist heute geringer als vor dem koreanischen Krieg, der den Russen die Risiken der indirekten Aggression und der Kriegführung durch Stellvertreter offenbarte.

Solange der kalte Krieg andauert, bleibt Berlin ein Pulverfaß. Was wäre am 17. Juni 1953 und an den folgenden Tagen der Ostberliner Aufstände und Straßenkrawalle geschehen, wenn die Westdeutschen bewaffnet gewesen wären? Hätte die Entfachung eines größeren Brandes verhindert werden können, selbst wenn die Bundesrepublik Mitglied der EVG gewesen wäre und in einem engen Bündnis mit den NATO-Mächten gestanden hätte? Die Ostdeutschen hätten selbst eine Situation heraufbeschwören können, die dem Westen ein untätiges Zusehen, wie sie wieder unter den kommunistischen Stiefel geraten wären, verunmöglicht

hätte. Großbritannien und seine Verbündeten müssen ständig gegen einen sich unter solchen Umständen entwickelnden Krieg gewappnet sein.

Beim heutigen militärischen Kräfteverhältnis könnten die Russen zweifellos Westeuropa erobern. Ein Überraschungssieg wie Hitler im Jahr 1940 würde ihnen aber nicht gelingen. Ein russischer Blitzkrieg hätte 1948 sicher Erfolg gehabt, vielleicht sogar noch 1951. Heute aber wäre ein Erfolg nicht wahrscheinlich, weil die Rote Armee ihre Garnisonen in Ostdeutschland nicht verstärkt und somit keinen Ausgleich zum Aufbau der NATO-Streitkräfte geschaffen hat. In Ostdeutschland befinden sich etwa 22 russische Divisionen mit etwa 5000 Panzern und eine taktische Luftwaffe von ca. 5000 Maschinen. In Westdeutschland haben die NATO-Mächte 18 zahlenmäßig etwas stärkere Divisionen. Ihre taktische Luftwaffe und die Zahl ihrer Panzer sind ungefähr halb so groß wie die der Russen. Die Rote Armee ist zwar den Armeen des Westens an Stärke klar überlegen, doch diese Stärke ist nicht groß genug, um ohne Kriegserklärung einen Angriff in einem Zug bis zum Kanal zu führen. Vor der Auslösung einer solchen Offensive müßten die Russen ihre Land- und Luftstreitkräfte in Ostdeutschland beträchtlich verstärken. Dies könnte kaum unbemerkt geschehen, so daß die NATO-Kräfte also frühzeitig gewarnt würden. Wenn sie aber daraus Nutzen ziehen sollen, müssen sie ihre Reserven in weit größerer Stärke und viel rascher mobilisieren können als heute.

Für einen Überraschungsangriff fehlt den Russen in Deutschland die nötige Stärkeüberlegenheit. Man darf daher annehmen, daß ein solches Unternehmen unterbleibt. Sollten sich aber die Sowjetführer einmal in einem politischen Dilemma befinden, aus dem sie keinen anderen Ausweg mehr sehen, so könnten sie ohne Ankündigung einen Luftangriff auf die britischen Inseln auslösen, in der Hoffnung, Großbritannien mit einem einzigen, gewaltigen Schlag lahmzulegen. Das ist ohne Zweifel die schwerste Bedrohung, der das Land ausgesetzt ist, denn es gibt im Zeitalter der Düsenmaschinen bis heute noch kein System der Fliegerabwehr von hundertprozentiger Sicherheit. Auch wenn es nur einigen wenigen Düsenapparaten mit Atombomben gelingen würde, bis zu ihren Zielen vorzudringen, könnten die Folgen katastrophal sein. Soweit der Autor unterrichtet ist, haben die Russen gegenwärtig noch keine Langstreckendüsenbomber im Dienst, welche das Vereinigte Königreich mit Atomwaffen angreifen könnten. Ihre strategische Luftwaffe ist ausnahmslos mit einer bereits überholten russischen Nachahmung der amerikanischen «Superfestung» ausgerüstet. In dem Maße aber, wie diese Schwäche im Laufe der Zeit überwunden wird, erhöht sich natürlich auch die Verwundbarkeit der britischen Inseln gegen Luftangriffe.

Bis dahin dürfte die Überlegenheit der britischen Düsenjäger über die russischen Bomber mit Kolbenmotoren stark abschreckend wirken. Dagegen zeigt die britische Luftverteidigung eine gefährliche Schwäche, die Großbritannien selbst nicht beheben kann. Die direkten Anflugrouten von Deutschland her sind zwar durch ein Netz ausreichender Verteidigungsmaßnahmen geschützt, aber die kürzeste Route für russische Bomber, von ihren Flugbasen im Gebiet von Leningrad-Moskau nach London, führt über den Großkreis (kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten der Erdoberfläche) mit Einflug zwischen Südnorwegen und Island. Zum wirksamen Schutz gegen diese Gefahr braucht Großbritannien Radarstationen und Flugplätze für Jagdmaschinen in Norwegen und Dänemark. Bis heute haben es diese Staaten abgelehnt, Großbritannien oder anderen Mitgliedstaaten der NATO so weit entgegenzukommen. Die Nordflanke ist auch für Großbritanniens maritime Verteidigung von größter Bedeutung, da Moskau eine mächtige Unterseebootflotte gebaut hat, ausgerüstet mit Booten vom gleichen Typ wie die 1945 eingesetzten schnellen deutschen Elektro-Unterseeboote. Die beste Verteidigung gegen diese U-Boote ist die vollständige Abriegelung der Ost- und der Barentssee. Sollte Sowjetrußland Skandinavien unter seine Kontrolle bringen können,

wäre es allerdings schwierig, einen Durchbruch in den Atlantischen Ozean zu verhindern. Norwegen und Dänemark in russischer Hand würden die Sicherheit Großbritanniens noch mehr bedrohen als seinerzeit die Besetzung dieser Länder durch Hitler, weil es außerordentlich schwierig ist, Unterseeboote abzufangen. Diese Entwicklung deutet an, bis zu welchem Ausmaß sich Großbritanniens strategische Lage in den letzten Jahren geändert hat. Vor dem Zeitalter der Unterseeboote und Flugzeuge war Großbritannien einigermaßen sicher, solange keine feindliche Macht im Besitz der Niederlande und der Kanalhäfen war. Heute erstreckt sich das Gebiet, von dem aus Großbritannien strategisch bedroht werden kann, fast bis zum Nordkap.

Das Problem der Verstärkung der Nordflanke der NATO steht in direkter Verbindung mit der Verteidigung Deutschlands. Einer der Weigerungsgründe der Dänen, ihren Verbündeten Flugbasen und Radarstationen zur Verfügung zu stellen, ist in der Tatsache begründet, daß sie es sich nicht leisten können, die Feindschaft Moskaus herauszufordern. Sie weisen darauf hin, der Anmarschweg nach Dänemark über Schleswig-Holstein bleibe ohne Schutz, solange die jetzt in Westdeutschland stehenden alliierten Armeen nicht durch deutsche Divisionen verstärkt worden sind. Sollte deshalb Westdeutschland nicht bewaffnet und nicht in die NATO eingegliedert werden, so besteht wenig Aussicht, daß Großbritannien von den Dänen und Norwegern die notwendigen Zugeständnisse erhält, um die bestehende Lücke in seiner Luft- und Seeverteidigung auszufüllen.

Unter welchen Bedingungen könnte es sich England militärisch leisten, sich mit der Sowjetunion über das Problem Deutschland zu verständigen? Letztere wird einer deutschen Wiedervereinigung kaum zustimmen, welche dem vereinigten Deutschland den Beitritt zur NATO ermöglicht. Anderseits könnten die NATO-Mächte eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht annehmen unter Bedingungen, welche den Rückzug aller Besetzungstruppen und die Schaffung eines nominell neutralen Deutschlands bedeuten würden, es sei denn, diese Maßnahme würde Teil einer grundsätzlichen Regelung bilden. Strategisch würden die Russen durch einen Rückzug von der Elbe zur Oder wenig verlieren, wogegen sich Westeuropa eine gefährliche Blöße gäbe, wenn die NATO-Streitkräfte hinter den Rhein zurückgenommen würden, während die Russen an der Oder blieben. Die Sowjetunion hätte von dort aus immer noch genügend Tiefe zur Verteidigung und einen weiten Raum für Manöver zur Verfügung, im Gegensatz zu den auf die Niederlande und die Nordostecke Frankreichs beschränkten NATO-Streitkräften. Unter diesen Umständen wäre Westeuropa gefährlich verwundbar und würde als strategischer Schild für Großbritannien wenig taugen. Vom Standpunkt der Luftmacht aus betrachtet wären die Vorteile eines beidseitigen Rückzugs gleichermaßen auf Seite Moskaus. Die zusätzliche Strecke würde für die russischen Bomber nichts ausmachen, wogegen der Verlust an Tiefe für die zur Verteidigung eingesetzten Jagdmaschinen für die Alliierten sehr bedrohlich wäre. Er würde den Verlust vorgeschobener Flugplätze, frühzeitiger Warnvorrichtungen durch Radar und von Raum und Zeit zum Abfangen der Flugzeuge bedeuten.

Militärisch betrachtet scheint also auf den ersten Blick ein geteiltes Deutschland mit NATO-Streitkräften östlich des Rheins Großbritannien größere Sicherheit zu bieten als ein vereinigtes und neutrales Deutschland. Ist es aber für Großbritannien politisch überhaupt möglich oder wünschenswert, sich der Vereinigung Deutschlands zu widersetzen? Es scheint Wilmot, daß Deutschland entweder auf friedlichem Weg durch eine internationale Vereinbarung seine Einheit erhalten, oder aber geteilt den Westen in einen Krieg gegen die Sowjetunion hineinziehen wird, um seine Einigung zu erreichen. Wenn die Wiedervereinigung Deutschlands angenommen werden muß, sollte dies nur unter Bedingungen erfolgen, welche die bereits erwähnten ernsten militärischen Nachteile ausgleichen würden. Die Ausstrahlungen solcher Bedingungen gehen weit über Deutschland und Europa hinaus.

Wilmot schlägt als erste Bedingung vor: Rückzug Rußlands nicht nur aus Ostdeutschland, sondern auch aus Osteuropa und eindeutige Begrenzung der Aufrüstung und militärischen Produktion in den heutigen Satellitenstaaten. Um dies zu erreichen, müßten Großbritannien und die USA wahrscheinlich einwilligen, ihre Truppen aus Westeuropa zurückzuziehen. Dieser Preis wäre wahrscheinlich nicht zu hoch, wenn damit ein Rückzug der Russen aus Zentraleuropa hinter ihre eigenen Grenzen erreicht würde. Sodann sollten die Mächte des Atlantikpaktes bis zur Regelung der Probleme im Fernen Osten und besonders in Korea, Indochina und Malaya nicht nachgeben. Abgesehen vom allgemeinen Bedürfnis, die internationale Spannung zu lockern und die Last der Rüstungen zu verringern, besteht eine besondere Verbindung zwischen dem deutschen Problem und der gegenwärtigen Lage in Südostasien. Der alliierte Plan für die Wiederbewaffnung Deutschlands ist das unmittelbare Ergebnis der Notwendigkeit, zwölf zusätzliche Divisionen für die Verteidigung Westeuropas aufzustellen. Der französische Widerstand gegen diesen Plan ist in der Furcht begründet, daß Deutschland militärisch bald wieder mächtiger als Frankreich würde und dann in der EVG eine dominierende Rolle spielen könnte. Kommt aber in Indochina ein Waffenstillstand zustande und kann Frankreich die jetzt dort kämpfenden regulären Divisionen nach Hause schaffen, wären die Aussichten völlig andere. Westeuropa könnte dann vielleicht mit einem nur geringen deutschen Beitrag gesichert werden, und Frankreich hätte weniger Grund, vor einem aufgerüsteten Deutschland unter der Kontrolle der NATO oder einer internationalen Vereinbarung Angst zu haben. Ähnliche Überlegungen ließen sich auch im Hinblick auf Großbritannien anstellen, zum Beispiel durch Abschluß des Guerillakrieges in Malaya, als Teil einer allgemeinen Regelung.

Wilmot glaubt nicht, daß man es sich in diesem Stadium leisten könnte, mit der Sowjetunion eine Vereinbarung abzuschließen, die ein geeintes und neutrales Deutschland bezwecken würde. Es sei denn, daß gleichzeitig Konzessionen erhältlich wären, die keine Schwächung der strategischen Lage Großbritanniens in Europa und eine Entspannung im kalten Krieg in Asien zur Folge hätten. Die vom Autor vorgeschlagenen Bedingungen werden dem russischen Geschmack nicht entsprechen, wenn es den Russen mit ihren Friedensbeteuerungen nicht ernst ist; aber weder Großbritannien noch seine Alliierten könnten sich mit weniger begnügen.

Wie werden sich Großbritanniens militärische Verantwortlichkeiten gegenüber diesem unsicheren Hintergrund in Zukunft gestalten? Hält die gegenwärtige Spannung an und bleibt Deutschland geteilt, so muß die britische Rheinarmee in ihrer gegenwärtigen Stärke von vier Divisionen erhalten bleiben, und die Zweite Taktische Luftflotte ist bis zur geplanten Stärke von 1000 Flugzeugen auszubauen. Diese Verpflichtungen werden dem britischen Steuerzahler eine zunehmende finanzielle Belastung auferlegen, sobald die Besatzungstruppen nicht mehr zu Lasten der deutschen Wirtschaft unterhalten werden. Das Verteidigungsbudget des Vereinigten Königreichs wird um mindestens 100 Mio Pfund größer sein, und doch ist es schwierig zu begreifen, wie mit geringeren Kräften die abschreckende Wirkung auf Moskau oder die Ermutigung für die europäischen Verbündeten aufrecht erhalten werden können. Gleichzeitig muß Großbritannien seine Reserven auf einen höheren Bereitschaftsgrad bringen, da seine vier besten Divisionen in einigen Tagen vernichtet werden könnten, wenn nicht Divisionen der Territorialarmee auf dem Kontinent rasch entfaltet würden. Gegenwärtig würde die Aufstellung auch nur einer kampfbereiten Division der Territorialarmee auf dem Kontinent, vom Zeitpunkt ihrer Mobilmachung an gerechnet, wahrscheinlich 60 Tage dauern. Das Problem könnte dadurch gelöst werden, daß jedes Jahr vier Divisionen der Territorialarmee für eine rasche Mobilmachung bereitgehalten werden. Die schwere Ausrüstung wäre auf dem Kontinent zu lagern, so daß nur noch die Mannschaften mit ihrer persönlichen Ausrüstung zu transportieren wären.

Soll sich Großbritannien bei anhaltender Spannung der EVG anschließen, wenn ihr Aufbau im Sinne des vorliegenden Planes modifiziert würde? Die Europäische Armee könnte sich z. B. aus unabhängigen, nationalen Kontingenten zusammensetzen. Wilmot glaubt, Großbritannien sollte sich auch in diesem Fall der EVG nicht anschließen, weil auf die Dauer nur eine Europa-Armee wirksam arbeiten kann, die einer europäischen, politischen Behörde gegenüber verantwortlich ist. Tatsächlich bildet die Hoffnung auf eine Beschleunigung einer europäischen Union einen der Hauptgründe, weshalb die USA die Verteidigungsgemeinschaft so stark gefördert haben. Wegen seiner weltumspannenden Verpflichtungen gegenüber dem Commonwealth und dem Reich könnte Großbritannien seine Souveränität unmöglich einer solchen Bundesorganisation opfern. Es würde sonst seine gegenwärtige Führerstellung innerhalb des Commonwealth verlieren, weil es auf zwei Seiten Treueverpflichtungen hätte. Die Hilfsquellen des Commonwealth und seine Unterstützung zur Verteidigung Europas könnten weniger gut mobilisiert werden.

Deutschlands Nachbarn befürchten mit Recht, ein wiederbewaffnetes Deutschland könnte die Kontrolle über die EVG erlangen. Die Anwesenheit britischer und amerikanischer Truppen in Europa bildet aber eine Sicherung gegen diese Möglichkeit, die nicht mehr wirksam wäre, wenn Großbritanniens Kontingent formell der Europäischen Armee eingegliedert würde. Im Gegenteil: Großbritanniens Wirkung als Gegengewicht zu Deutschland würde geschwächt. Solange Großbritannien nicht Mitglied der EVG ist, kann es seine Truppen vom Kontinent zurückziehen wann es will. In dieser Beziehung ist es genau in der gleichen Lage wie die USA, und es könnte deshalb einen mäßigenden Einfluß auf die USA ausüben, wenn diese geneigt sein sollten, sich aus Europa zurückzuziehen. Großbritanniens Unabhängigkeit und sein bremsender Einfluß auf die USA sind für Europa wertvoller als seine aktive Teilnahme in der EVG.

Schließlich muß noch untersucht werden, welche Verpflichtungen Großbritannien wahrscheinlich einzugehen hat, wenn die Spannung in der internationalen Lage etwas nachläßt und Deutschland wiedervereinigt und neutral wird. Das würde natürlich den Rückzug der britischen Truppen aus Deutschland, vielleicht sogar aus Westeuropa mit sich bringen, als Teil einer Vereinbarung mit den Russen, wonach diese Osteuropa räumen müßten. Aber selbst dann könnte Großbritannien seine militärische Stärke kaum beträchtlich oder sofort reduzieren. Es würde die vier Divisionen der Rheinarmee und die 1000 Maschinen der im Entstehen begriffenen Zweiten Taktischen Luftflotte immer noch als strategische Reserve auf den britischen Inseln oder anderswo benötigen. Als wirksames Abschreckungsmittel gegen die Aggression müßte die strategische Luftwaffe weiter ausgebaut werden. Innerhalb der bewaffneten Streitkräfte müßte die RAF eine Vorzugsstellung genießen und hinsichtlich Personal oder Ausrüstung den ersten Anspruch auf alle Hilfsquellen haben. Die Ausgestaltung seiner Luftmacht und die Neuschaffung einer strategischen Reserve würden Großbritannien jene Wendigkeit und Geschmeidigkeit zurückgeben, die es in der Vergangenheit so wirksam ausnützte. Das ist eine Angelegenheit von höchster Wichtigkeit, denn Großbritannien hat nicht nur ein Interesse an der Verteidigung Westeuropas und der Wiederherstellung einer gewissen Stabilität auf dem Kontinent. Es setzt sich auch für die Erhaltung des Gleichgewichtes der Macht in der Welt ein und ist darauf bedacht, seinen Einfluß und seine Hilfsquellen zur Verhinderung des Ausbruchs eines dritten Weltkrieges zu verwenden.

Gegenwärtig scheint sich der Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion fast bis zur Unversöhnlichkeit entwickelt zu haben, da keine der beiden Mächte hofft, ohne den vollständigen Sieg ihrer eigenen Lehren und Auffassungen die für sie allein mögliche Sicherheit zu erlangen. Die Westmächte sind somit in einer ganz ähnlichen Lage wie während des zweiten Weltkrieges, insofern nämlich, als die USA heute geneigt sind, von Moskau zu verlangen, was sie von

Deutschland und Japan forderten: bedingungslose Kapitulation. Ist dem wirklich so, fällt Großbritannien sicher die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, daß in diesem Konflikt Maß gehalten wird und irgendeine Regelung auf dem Grundsatz des «leben und leben lassen» herbeigeführt werden kann, selbst wenn dies dazu führen sollte, daß einige Teile der Welt unter kommunistischer Herrschaft bleiben.

In Übereinstimmung damit muß sich Großbritannien auch weiterhin bemühen, innerhalb der atlantischen Allianz einen hohen Grad der Unabhängigkeit zu bewahren, obwohl es als Mitglied dieser Allianz seine traditionelle Politik des Mächtegleichgewichtes nicht mehr befolgen kann. Es muß seine strategische Lage und sein politisches Gewicht so ausnützen, daß es bei der Gestaltung der höheren Politik der atlantischen Mächte eine führende Rolle spielen kann. Zu diesem Zweck darf es auf dem Kontinent nicht zu viele Verpflichtungen übernehmen — wie z. B. durch den Beitritt zur EVG —, so daß es keine Freiheit der Wahl oder des Handelns mehr hat. Auch darf es die Aufgabe der Bereitstellung einer strategischen Luftmacht nicht ausschließlich den USA überlassen, sonst wird das wirksam, was Churchill «the atomic deterrent» (das atomische Abschreckungsmittel) genannt hat. Großbritannien sollte seine militärischen Kräfte so organisieren und entfalten, daß es das strategische Gleichgewicht und seine Wendigkeit bewahren kann, denn diese bildeten in der Vergangenheit seine große Stärke. Großbritannien ist eine Weltmacht; seine Verbindlichkeiten sind umfangreicher und vielgestaltiger als jene der USA oder der Sowjetunion, und es kann es sich nicht leisten, sich ausschließlich um die Verteidigung eines Abschnittes einer weltumspannenden «Kampffront» zu kümmern. Bei der Festlegung seiner Militärpolitik im Verhältnis zu Europa muß daher Großbritannien immer an diesen globalen Konflikt denken. Es muß bestrebt sein, jene Stärke und Unabhängigkeit zu bewahren, die ihm gestatten, sowohl seine Gegner abzuschrecken als auch seine Verbündeten zur Mäßigung zu zwingen. Es kann den beiden Protagonisten an Macht nie ebenbürtig werden, aber seine Verantwortung für die Bewahrung des Friedens ist heute größer denn je.

Miles